



**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0086/6**

Beratungsfolge:

*Datum*            *Gremium*

BVV

**Stellen im Bezirksamt zügig besetzen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss eine Übersicht zu allen unbesetzten sowie langfristig bekannten Stellenneubesetzungen (bspw. bei altersbedingtem Ausscheiden) quartalsweise schriftlich vorzulegen.

Die Vorlage soll folgende Informationen enthalten:

- Übersicht nicht besetzter Stellen und zu erwartender Abgänge und Aufwüchse getrennt nach Abteilungen und Fachämtern sowie gesonderten Wirtschaftsplänen
- Informationen zum Stand der Ausschreibung, insbesondere wann eine Stellenbesetzung erfolgen soll, ob eine Ausschreibung erfolgt ist bzw. Erläuterung, warum keine Ausschreibung erfolgt

Der BVV ist erstmalig zum 31. März 2022 zu berichten.

Begründung:

erfolgt mündlich

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
FDP-Fraktion  
Recke/Bergmann

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0228/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Initiativbewerbungen dauerhaft sicherstellen und qualitativ verbessern**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, von der verwaltungsinternen Praxis, Initiativbewerbungen bis zum 31.12.2022 zeitlich zu befristen, Abstand zu nehmen und sicherzustellen, dass sich Bewerberinnen und Bewerber dauerhaft initiativ beim Bezirksamt bewerben können.

Bei notwendigen Evaluationsphasen ist stets zu garantieren, dass durchgängig die Möglichkeit von Initiativbewerbungen angeboten wird.

Weiter soll ein Verfahren entwickelt werden, das gewährleistet, dass deutlich mehr Initiativbewerberinnen und -bewerber als bisher auch tatsächlich eingestellt werden. Angesichts der angespannten Personalsituation muss es das Ziel sein, ein Großteil der Bewerberinnen und Bewerber für die Verwaltung zu nutzen bzw. diese entsprechend zu qualifizieren, bspw. in Kooperation mit der Arbeitsagentur. Die verwaltungsinternen Abstimmungen zwischen den Fachabteilungen des Bezirksamts sind so zu verbessern, dass das Zentrale Bewerberbüro (ZBB) möglichst frühzeitig nachverfolgen und nachvollziehen kann, welche potenziellen Bewerberinnen und Bewerber die einzelnen Abteilungen benötigen könnten und was für Ausschreibungsmodalitäten hierfür erforderlich sind.

**Begründung:**

Wie auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion in der BVV am 23.06.2022 bekannt wurde (Ds.: 0112/6), konnte kein einziger der 3000 Initiativbewerbungen, die das Bezirksamt im Jahr 2021 erhielt, auf Stellen im Bezirksamt vermittelt werden. Die Mitarbeiter der Verwaltung sind unser höchstes Gut, um dem Bürger effizient Dienstleistungen anzubieten. Selbst wenn ein Bewerber mal nicht sofort für einen der Jobs qualifiziert sein sollte, erwartet die BVV von der Verwaltung bei der aktuellen Personalausstattung mehr

Kreativität und Einsatz, beispielsweise mit Fortbildungen und Weiterbildungskursen. Weiter wurde im Rahmen der Großen Anfrage bekannt, dass, wie schon vom 01.01.2022 bis zum 28.02.2022, „erneut eine verwaltungsinterne zeitliche Befristung (...) bis 31.12.2022 gilt, die in dem Ausschreibungstext nicht explizit benannt wird, um auch nach Ablauf des Jahres die Ausschreibung wieder evaluieren und ggf. anpassen zu können.“ Anfang 2022 war es schon einmal für zwei Monate nicht möglich, sich initiativ beim Bezirksamt zu bewerben, da auch hier eine Evaluation anstand. Diese w-möglich notwendigen Evaluationen rechtfertigt jedoch keine Unterbrechung der Initiativbewerbungen, sodass dies dringend unterbunden werden muss. Wir können es uns nicht leisten, auch nur für einen der Bewerberinnen und Bewerber zu verzichten.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
FDP-Fraktion  
Recke/Zeh

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0179/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Personaleinstellungen im Jugendamt beschleunigen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass mögliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der offenen Kinder- und Jugendarbeit die durch eine Schwangerschaft oder eine beantragte Elternzeit beruflich ausfallen, hierfür schnellstmöglich befristete Stellen auszuschreiben, um damit den Arbeitsausfall zu kompensieren.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

Der Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der offenen Kinder- und Jugendarbeit hat dramatische Folgen, so dass Angebote in den Einrichtungen nicht stattfinden können oder es zu einer dauerhaften Unterbesetzung des Personals kommt. Durch rechtlich zustehenden Urlaub der Mitarbeiter, Ferienfahrten aber auch durch einen krankheitsbedingten Ausfall, ist eine vorübergehende Schließung von Jugendeinrichtungen oftmals die Folge. Das Bezirksamt muss dafür sorgen den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Eine dauerhafte Unterbesetzung ist somit keine Alternative! Da auch bei den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Finanzierung über die Krankenkassen erfolgt und nicht weiter über das Bezirksamt, stehen die Gelder durchaus zur Verfügung. Deshalb sollten diese Gelder auch umgehend dafür eingesetzt werden.